

netária de Macau, AMCM, Aomen jinrong guanliju), Anselmo Teng, und dem Präsidenten der Bank of China (BOC), Liu Mingkang, in Beijing unterzeichnet. Von Seiten der AMCM hieß es, mit der Entwicklung von Wirtschaft und Handel zwischen Macau und dem Festland sei die Marktnachfrage nach Pataca-Einlagen und -Umtausch – vor allem im Perlfussdelta – gestiegen. Ein BOC-Sprecher erklärte, dass die neuen Angebote in den Filialen der Bank Bewohnern des Festlands eine zusätzliche Alternative für Bankeinlagen böten und den Währungsumtausch erleichterten. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 28.8.02; XNA, 29.8.02; DGB, 30.8.02)

Am 6. August wurde der Sieger der internationalen Ausschreibung für den Bau der dritten Seebrücke bekannt gegeben. Die Chon Tit (Macau) Investment and Development Co. Ltd., eine Tochtergesellschaft der China Railway Construction Company setzte sich gegen zehn Konkurrenten vom chinesischen Festland, aus Macau, Hongkong, den Vereinigten Staaten und Japan durch. Am 5. September unterzeichnete der Sekretär für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long den Vertrag. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 560,18 Mio. MPtc (etwa 70 Mio. US\$) und werden in drei Jahren (2002-2004) bezahlt. Die 1,72 km lange, sechsspurige, zweistöckige Brücke soll den Westen der Halbinsel Macau mit der Insel Taipa verbinden. Die untere Ebene wird nur bei Taifunen geöffnet werden. Die Bauzeit ist auf 29 Monate veranschlagt. Das Projekt gilt als das größte seit der Rückgabe Macaus an China Ende 1999 und soll durch die Schaffung von 1.000 Arbeitsplätzen etwas zur Beruhigung des angespannten Arbeitsmarktes beitragen. (XNA, 8.8.02; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 6.8., 5.9.02)

Im nördlichen Distrikt der Halbinsel Macau wird eine Reihe von öffentlichen Bauvorhaben zur Verbesserung der Lebensverhältnisse durchgeführt. Die Kosten belaufen sich auf 120 Mio. MPtc. Zu den Projekten gehören der Areia Preta Urban Park mit Sport- und Spielplätzen (geplante Bauzeit: acht Monate), ein Gesundheitszentrum mit Altenstätte (Kosten: 95 Mio. MPtc), die Erneuerung der Kanali-

sation zur Verhinderung von Überschwemmungen während der Monsunzeit (Kosten: 13,45 Mio. MPtc, geplante Bauzeit: 1 Jahr) und eine Verkehrsüberwachungsanlage. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 16.7.02) -ljk-

---



---

## Taiwan

---



---

### 43 Präsident Chen löst mit Äußerung politisches Beben aus

In einer Videoansprache an die 29. Jahresversammlung des Weltbundes taiwanischer Landsmannschaften am 3. August in Tokio erklärte Präsident Chen Shui-bian, auf beiden Seiten der Taiwan-Straße bestehe ein Staat (*yibian yiguo*) und Taiwan müsse ernsthaft die Verabschiedung eines Referendumsgesetzes betreiben, um die Souveränität des Landes zu schützen. Zudem wiederholte er Äußerungen, mit denen er schon in den Wochen zuvor – seitdem er Mitte Juli den Vorsitz der Regierungspartei DPP übernommen hatte – Aufsehen erregt hatte: Taiwan müsse seinen eigenen Weg gehen, sollte China bei seiner feindseligen Haltung bleiben. (TT, 4.8.02; ST, 4.8.02)

Chens Äußerungen erregten weltweit Aufsehen und die Befürchtung, sie könnten erneut die Spannungen zwischen China und Taiwan verstärken. Vor allem der Hinweis auf ein mögliches Referendum war Grund zur Sorge, sieht China in einer Volksabstimmung über den Status Taiwans doch erklärtermaßen einen Kriegsgrund. Chen ging in diesem Punkt noch einen Schritt über die von seinem Amtsvorgänger Lee Teng-hui (Li Denghui) vorgetragene Doktrin von den speziellen zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Taiwan und China hinaus – Lee hatte damit im Juli 1999 heftiges Säbelrasseln auf dem Festland ausgelöst.

Nachdem sich in der Vergangenheit stets herausgestellt hatte, dass Militärationen in der Taiwan-Straße auf der Insel zu nichts anderem als einem Solidarisierungseffekt mit den verhassten Befürwortern taiwanischer Eigen-

ständigkeit führen, beließ es China diesmal bei verbalen Gegenschlägen, Kritik an Chens Äußerungen kam jedoch von nahezu allen Seiten, während namhafte Mitglieder seiner Regierung und Partei ihren Inhalt abzuschwächen und ihre Bedeutung herunterzuspielen suchten.

Selbst engste Parteigenossen und Vertreter von Chens politischer Linie zeigten sich irritiert. Chang Chunhsung (Zhang Junxiong), Generalsekretär der Regierungspartei DPP, erklärte, ein Referendum würde nur zur Verteidigung von Taiwans Status, nicht zu dessen Änderung eingesetzt, und Präsident Chen sei nicht dahingehend misszuverstehen, dass er zu einer Änderung des Status quo aufrufe. Andere Parteifreunde äußerten, Chen habe nur die Wirklichkeit beschrieben.

Offenbar hatte Chen seine Suada mit niemandem abgesprochen. Dies betraf auch den Rat für Festlandsfragen unter seiner Vorsitzenden Tsai Ing-wen (Cai Yingwen). Der Rat ist das zentrale chinapolitische Experten- und Politikformulierungsgremium der Regierung. Tsai hatte am meisten Mühe, den entstandenen Schaden zu richten und flog dafür eigens in die USA. Schon zuvor erklärte sie in Taiwan, dass Taiwans Chinapolitik unverändert bliebe. Präsident Chen habe „übers Wochenende“, d.h.: gleich nach seiner Ansprache, klargestellt, was er gemeint habe. Dies betreffe folgende drei Punkte:

Dass Taiwan seinen eigenen Weg gehe, bedeute nichts anderes als den Weg zu Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Frieden. Keineswegs habe Chen auf eine anstehende Unabhängigkeitserklärung Taiwans hinweisen wollen. Die Aussage, auf beiden Seiten der Taiwan-Straße bestehe ein Staat, beschreibe lediglich die Realität: Taiwan werde nun einmal nicht von China regiert. Keineswegs sei damit ein Politikwechsel intendiert. Hinsichtlich des Referendumsgesetzes habe Chen lediglich klarstellen wollen, dass nur die 23 Millionen Taiwaner und niemand sonst über den Status des Landes und ihre eigene Zukunft entscheiden. Es handele sich beim geplanten Gesetz um eine präventive Maßnahme; ein Referendum komme nur als defensive Maßnahme in Frage, falls China Taiwan nötigen wolle, sich Dok-

trinen wie der Ein-China-Formel oder der Politik „ein Land, zwei Systeme“ zu unterwerfen. Nach wie vor gelte die Chinapolitik des fünffachen Nein, die Chen in seiner Antrittsrede am 20. Mai 2000 verkündet hatte – sie lässt sich als Versprechen zusammenfassen, am Status quo nichts zu ändern. Dazu gehörte die Zusicherung, „kein Referendum zur Änderung des Status quo im Hinblick auf die Frage Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung zu fördern, solange die kommunistische Regierung des Festlandes nicht mit militärischer Gewalt gegen Taiwan vorgeht“.

Noch stärker rückte Premierminister Yu Shi-kun (You Xikun) von Chens Äußerungen ab. Auf einem Transitstopp in New York erklärte er am Abend des 5.8., ein Referendumsgesetz werde lediglich erwogen und eine Verabschiedung sei nicht dringend, solange das Festland keine Absicht zur Gewaltanwendung erkennen lasse. Tatsächlich liegt dem Parlament allerdings bereits der Entwurf eines solchen Gesetzes vor.

Premier Yu trug mit seiner Abschwächung dem Umstand Rechnung, dass die größten Irritationen offenbar in den USA entstanden waren. Eine Gruppe von protaiwanischen Kongressabgeordneten sah sich in ihrer Lobbyarbeit für Taiwan desavouiert; es sei, wie kolportiert wurde, irreparabler Schaden entstanden. Tsai Ing-wen flog am 7.8. in die USA, um möglichst viel zu retten. Dabei wies sie darauf hin, dass Chen nicht von einem unabhängigen Taiwan gesprochen hatte. Unter scharfem Protest seitens der chinesischen Botschaft traf Tsai in Washington mit Vizeaußenminister Richard Armitage zusammen – ein Indiz für die Stärke, die das von Chen ausgelöste politische Beben in der US-Hauptstadt erreicht hatte. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats wiederholte gegenüber Tsai die bekannte Position, wonach die USA eine Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen. Man nehme aber, wie es hieß, die Erklärungen zur Kenntnis, wonach Chens Äußerungen keine Änderung von Taiwans Politik bedeuteten. Nicht bei allen Gesprächspartnern gelang es Tsai jedoch, die Irritationen auszuräumen. Schon zuvor hatte sich Chen in Taipei vom dortigen inoffiziel-

len Vertreter Washingtons „ernste Ermahnungen“ anhören müssen.

Zur Entschärfung der Situation versuchte auch Taiwans Militär beizutragen: Es setzte ein Seeübung ab, um, wie es hieß, „Missverständnisse zu vermeiden“. Chinesische Manöver, die unterdessen auf der Festlandseite der Taiwan-Straße stattfanden, bezeichnete ein taiwanischer Armeesprecher als routinemäßig.

Drei Tage nach seinen kritisierten Äußerungen begann auch Chen selbst, öffentlich zurückzurudern. Die Bemerkung, auf beiden Seiten der Taiwan-Straße gebe es einen Staat, sei aus dem Kontext gerissen worden. Treffender wäre es, von einer „Doktrin gleicher Souveränität“ zu sprechen. War Taiwans Börsenbarometer TAIEX am 5.8., dem ersten Handelstag nach den Äußerungen, noch um 284 Punkte abgestürzt, zog er nach deren Abschwächung wieder kräftig an.

In den internationalen Pressekommentaren herrschte Rätselraten über die Motive, die Chen zu seinen Äußerungen bewegten. Von den vielen angebotenen Erklärungen vermochte jedoch keine recht zu überzeugen. Dem angerichteten Glaubwürdigkeitsschaden – der für Chen vorhersehbar gewesen sein muss – stand keinerlei erkennbarer Gewinn gegenüber. Gegenüber China wich Chen von seiner auf Vertrauensbildung zielenden Linie zu einer Zeit ab, da erste Entspannungszeichen sichtbar wurden, und diskreditierte sich als möglicher Dialogpartner wohl für den Rest seiner Amtszeit. Gegenüber den protaiwanischen Kräften in den USA zeigte er sich als unzuverlässig.

Ende des Monats schob Chen eigene Erklärungen zu seiner Motivation nach. Demnach habe es sich nicht um unbedachte Äußerungen gehandelt, sondern um ein „wohl erwogenes Element seiner umfassenden Sicherheitsstrategie für das Land“. Diese erläuterte er mit den Argumenten, die bereits wenige Tage nach dem 3. August von Chang Chun-hsiung und Tsai Ing-wen vorgetragen worden waren. Wieso diese Argumente zum betreffenden Zeitpunkt die getätigten Äußerungen erfordert haben sollen, ging aus Chens Erklärungen nicht hervor. (ST, 4.8., 8.8., 9.8.02; TT, 5.8., 7.8., 8.8., 9.8., 10.8., 11.8., 31.8.02; FT,

5.8.02; NZZ, 6.8.02; FAZ, 6.8.02; TH, 6.8., 7.8.02; CNAT, nach BBC PF, 3.8., 7.8., 8.8.02; WSJ, 6.8.02; SCMP, 9.8.02)

Da Präsident Chen unmittelbar nach der Übernahme des DPP-Vorsitzes mit der – zunächst gemäßigten – Verschärfung seines Tons begonnen hatte, liegt die Vermutung nah, dass er seine Chinapolitik nunmehr deutlicher nach der DPP-Linie ausrichten zu können glaubt in der Hoffnung, angesichts der intransigenten Haltung Beijings dafür nun breitere Zustimmung in der Bevölkerung zu finden. Seine Erklärungen von Ende August legen diese Deutung ebenfalls nahe. Angesichts der militärischen Bedrohung scheint er Taiwan als eine Schicksalsgemeinschaft zu empfinden, die sich ihrer selbst – ihrer Rechte, Chancen und Stärken – bewusster werden muss, als sie es bisher war. Womöglich soll auch die Öffentlichkeit Druck auf die Oppositionsparteien ausüben, gegen deren Willen das zur Beratung anstehende Referendumsgesetz nicht verabschiedet werden kann.

Sollte dies Chens Ansicht und Absicht gewesen sein, mussten ihm nachfolgende Umfragen jedoch zu denken geben. Zwar hielt eine Mehrheit der Befragten seine Äußerungen für zutreffend, die Quote derer, die Präsident Chen generell zustimmen, fiel jedoch auf unter 50% und erreichte damit ein Jahrestief. Auch die übrigen Zahlen ergeben kein günstiges Bild für Chen. Am 5. August hielten zwar 64% der Befragten die These „jede Seite ein Staat“ für richtig, wenn jedoch 36% dieser Aussage nicht zustimmen können und Taiwan (oder die VR China?) nicht als Staat ansehen oder dazu keine Meinung haben, so zeigt dies, dass sich über ein Drittel der Bevölkerung nicht mit Taiwan als Staat identifiziert; explizit für falsch hielten die These 27%. Die Auffassung, Taiwans Zukunft müsse mittels eines Plebiszits entschieden werden, unterstützten je nach Umfrage zwischen 56 und 62% – auch dies zwar eine Mehrheit, aber doch ein beunruhigend niedriger Wert. Hier spiegelt sich vermutlich die altbekannte Tatsache wider, dass eine stabile Mehrheit der Bevölkerung auf Grund von Sicherheitsbedenken am Status Taiwans nicht rütteln möchte und für ein Referendum daher ebenso wenig einen Bedarf sieht

wie für neue Formulierungen zur Beschreibung des Status quo. (CNAT, nach BBC PF, 6.8., 7.8.02; ST, 6.8., 7.8., 14.8.02) -hws-

#### 44 Vizepräsidentin Lü gelingt zweifelhafter diplomatischer Coup in Indonesien

Taiwans Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian), die wegen der schrillen Töne, die sie Beijing gegenüber anschlägt, regelmäßig in die Medien gerät, verbuchte im August nach eigenen Angaben einen diplomatischen Sieg auf einer Indonesienreise: Es gelang ihr, Protesten aus Beijing zum Trotz, nach Jakarta zu kommen und mit einigen hochrangigen indonesischen Politikern zu sprechen.

Die Reise in den südostasiatischen Inselstaat, der seit den 50er Jahren diplomatische Beziehungen zur VR China unterhält und Taiwan nicht anerkennt, vollzog sich weitgehend als Versteckspiel. Nachdem die Presse Wind von der Sache bekommen hatte, hatte Lü ihrem Sprecher noch am Tag vor der Abreise versichert, sie plane bis Jahresende keine Auslandsreise, woraufhin der Sprecher mit dieser gezielten Falschmeldung an die Öffentlichkeit gegangen war. Der Flug selbst blieb jedoch nicht geheim, und als Lü in Jakarta landete, verwehrte man ihr, den Flughafen zu verlassen: Beijing war wegen ihrer offensichtlichen Pläne, indonesische Regierungsvertreter zu treffen, inzwischen bei der indonesischen Regierung vorstellig geworden. Stattdessen durfte Lü in Bali einreisen. Von dort flog sie zwei Tage später heimlich zurück nach Jakarta und zog dort in ein Hotel. Bereits in Bali hatte Lü mit zwei Ministern Gespräche führen können; in Jakarta traf sie zudem mit hochrangigen Vertretern der Golkar-Partei zusammen.

Lüs Besuch war der indonesischen Regierung offenbar nicht ganz unwillkommen. Ein äußeres Indiz ist darin zu sehen, dass ihr Pkw auf ihrer Fahrt vom Flughafen in die Stadt von einer Regierungskorte in zivil begleitet wurde. Zudem hatte Indonesien Grund, Beijing eins auszuwischen: Erst wenige Tage vor Lüs Reise hatte China mit Australien einen Milliarden Dollar schweren Vertrag über die Lieferung von Flüssiggas geschlossen und

damit Indonesien verprellt, das mitgeboten hatte. Für beide Seiten gab es zudem einen aktuellen Anlass für Gespräche: Taiwan hatte mit Wirkung zum 1. August die Einreise von indonesischen Gastarbeitern unterbunden und der inoffiziellen Vertretung Indonesiens in Taipei vorgeworfen, sich bezüglich der Regelung dringender Fragen, die mit den Gastarbeitern zusammenhängen, nicht kooperativ zu zeigen. Indonesien ist wegen der Geldüberweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimat jedoch daran interessiert, dass das Embargo bald wieder aufgehoben wird. Dem entspricht, dass einer der indonesischen Gesprächspartner Lüs der Arbeitsminister war. Derzeit arbeiten rund 97.000 Indonesier in Taiwan. Ein weiteres Gesprächsthema dürfte ein möglicher 25-Jahres-Vertrag über indonesische Flüssiggaslieferungen im Gesamtwert von 400 Mrd. NT\$ (ca. 13 Mrd. Euro) an das staatliche Energieunternehmen Taipower gewesen sein. Lü zufolge hat sie jedoch keine offiziellen Abmachungen darüber getroffen, und der indonesische Energieminister bestritt, dass es überhaupt Gespräche darüber gab.

Auch wenn es zu einem gewünschten Treffen mit Präsidentin Megawati nicht kam, schaffte es Taiwan einmal wieder, Beijing zu trotzen. Insofern mag Lüs Indonesienreise als diplomatischer Erfolg gelten. An Indonesiens Chinabindung wird sich dadurch jedoch nichts ändern. Selbst zur Lösung der Gastarbeiterfragen konnte Lü offenbar nichts Substantielles beitragen, denn das Embargo wurde bis Ende August nicht aufgehoben. Allerdings kam es Lü wohl vor allem darauf an, Beijing zu provozieren. Dass sie dabei etwas dauerhaft Positives für Taiwan erreicht oder gar, wie sie es sah, einen „Sieg“ errungen hätte, ist nicht zu sehen. (TT, 1.8., 2.8., 15.8., 17.8., 18.8., 19.8.02; CNAT, nach FBIS, 15.8., 16.8., 17.8., 20.8.02; FT, 15.8.02; CNAT, nach BBC PF, 16.8., 18.8.02; ST, 17.8.02; XNA, 20.8.02) -hws-

#### 45 Taiwan strebt bilaterale Freihandelsabkommen an – auch mit der EU

Schon seit längerer Zeit strebt Taiwan zur Stärkung seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung bila-

terale Freihandelsabkommen mit seinen wichtigsten Handelspartnern sowie mit einigen seiner politischen Verbündeten an. In Bezug auf die Philippinen sowie auf die ASEAN-Staaten kam Taiwan im August einen Schritt voran: Auf der 10. Taiwanisch-philippinischen Konferenz für Wirtschaftszusammenarbeit erhielt Taiwan die Zusage, dass die Philippinen helfen wollen, für Taiwan einen Dialogmechanismus mit den ASEAN-Staaten aufzubauen mit dem Ziel, Freihandelsabkommen zu schließen.

Taiwan wünscht solche Abkommen vor allem im Hinblick auf die zunächst vom früheren Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) aufgelegte und jüngst wiederbelebte „Go South“-Politik, durch die taiwanische Auslandsinvestitionen vom Lieblingsziel taiwanischer Unternehmer, dem chinesischen Festland, nach dem Wunsch der Regierung in südostasiatische Staaten umgelenkt werden sollen, um Taiwans Abhängigkeit vom Festland zu begrenzen. Aus diesen vorrangig politischen Motiven heraus regte Präsident Chen Shui-bian im August auch ein trilaterales Freihandelsabkommen mit den USA und Japan an.

Das Wirtschaftsministerium erklärte darüber hinaus, sich im kommenden Jahr verstärkt darum bemühen zu wollen, auch mit der Europäischen Union ein Freihandelsabkommen zu schließen. Höchste Priorität genießen nach einem Kabinettsbeschluss von Ende August jedoch die USA, Japan, Singapur, Panama und Neuseeland. (CNAT, nach BBC EF, 20.8., 25.8., 26.8., 28.8.02; TH, 22.8., 30.8.02; TT, 26.8.02) -hws-

#### 46 Lockerung der Investitionsbeschränkungen fürs Festland in Kraft

Seit dem 2. August gelten neue Bestimmungen für taiwanische Unternehmen, die auf dem chinesischen Festland investieren wollen. Damit werden bisherige Restriktionen durch neue, liberale Verfahrensweisen ersetzt. Zu diesen gehört die Möglichkeit, in größerem Maße als bisher Direktinvestitionen zu beantragen, so dass der Umweg über Filialen in Drittstaaten entfällt. Nach Taiwan transferierte Gewinne aus Geschäften in der

VR China können nunmehr dort reinvestiert werden.

Vom 12. August an nahm die Regierung auch Anträge von Chipherstellern auf Investition in Chipfabriken auf dem Festland entgegen. Diesbezügliche neue Regeln waren im März beschlossen worden. (Vgl. C.a., 2002/3, Ü 39)

Mit den neuen Bestimmungen eröffnet Taiwan seinen Unternehmern eine Fülle neuer Geschäftsbereiche in der VR China. Dazu zählen neben anderen Buchführung, Luftverkehr, Busunternehmen, Reisebüros, Immobilienhandel, Energie- und Bergbauunternehmen sowie Film und Presse. Bereits bestehende Investitionen in diesen Branchen werden durch die Neuregelung legalisiert. (ST, 1.8.02; IHT, 1.8.02; TT, 10.8.02; TH, 13.8.02)

In einer flankierenden Maßnahme beschloss das Finanzministerium, in Zukunft Direktüberweisungen aufs Festland zuzulassen; die Überweisung von Investitionsmitteln bleibt davon einstweilen ausgenommen. Für das allgemeine Publikum interessant ist, dass Beträge bis zu 500.000 NT\$ auch über die Postämter überwiesen werden können. Taiwanische Banken erhalten zudem die Erlaubnis, auf dem Festland Filialen einzurichten. (CNAT, nach BBC PF, 2.8.02; TH, 5.8.02) -hws-